

Januar 2011

Wird der Euro überleben? Dieser Zweifel lastet weniger als zehn Jahre nach Einführung der Einheitswährung auf der Zukunft Europas. Zunächst war es die griechische Krise, dann die irische und nun ist es die sich abzeichnende portugiesische Krise, die die Sicherheit dauerhaft erschüttert hat, dass eine Währungsunion von der Größe, wie sie in Europa ohne jegliche Einbindung in einen Staat geschaffen worden ist, noch lange am Leben gehalten werden kann. In dieser Währungsunion haben die Wirtschafts- und Handelsungleichgewichte zwischen den Mitgliedern die Tendenz, sich eher noch zu vertiefen denn abzuschwächen, und ist gerade ein Zustand erreicht, in dem die gefürchteten asymmetrischen Schocks endemisch werden.

Die Zweifel am Fortbestand des Euro nähren ihrerseits negative Erwartungen auch in Bezug auf die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses und folglich die Stabilität der Weltordnung, da Europa immer noch ein entscheidender Faktor des internationalen Handels und der Weltwirtschaft ist. Vielleicht war es gerade dieser Umstand, der die USA und China in den letzten Monaten wiederholt zum Eingreifen veranlasst hat, wobei die USA die Europäer eindringlich zu einer raschen Lösung der Krise aufgefordert und Hilfe über den IWF bereitgestellt haben, während China Griechenland und Portugal finanzielle Hilfen und Direktinvestitionen angeboten hat.

Um diese Zweifel zu zerstreuen, genügt es jedoch nicht, lediglich auf die bisherigen Erfolge bei der Integration und Koordinierung der europäischen Politiken zu verweisen. Vielmehr sind ein für alle Mal die Zweideutigkeiten aus dem Weg zu räumen, die die Frage betreffen, welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Widersprüche endgültig zu beseitigen, die dem Problem zugrunde liegen.

Denn die kurzfristigen Antworten der Politik in Europa sind ungeachtet der offensichtlichen Sachlage weiterhin völlig unzureichend und unangemessen. Unzureichend ist der Vorschlag Frankreichs und Deutschlands, den Stabilitätspakt zu reformieren: Mit diesem Vorschlag sollen den Staaten des Euro-Währungsgebiets realitätsfern neue Beschränkungen und Sanktionen auferlegt werden, wobei so getan wird, als ob man nicht wüsste, dass viele dieser Staaten - in erster Linie Frankreich und Deutschland - die unterzeichneten Vereinbarungen häufig nicht eingehalten haben und der Verpflichtung nicht nachgekommen sind, neben der Stabilität auch das Wachstum der europäischen Wirtschaft zu fördern. Auch der von den Regierungen eingerichtete Fond zur Unterstützung der in Schwierigkeiten geratenen Länder ist sowohl in Bezug auf seinen rechtlichen Status als auch seine Ausstattung und schließlich aufgrund der Unsicherheiten hinsichtlich seiner operativen Ausrichtung und seiner Laufzeit unzureichend. Darüber hinaus ist eine Politik per Definition unangemessen, die einzig und allein auf die Europäische Zentralbank die Last und die Verantwortung abwälzt, zugunsten der in der Krise befindlichen nationalen Bankensysteme zu intervenieren, um diese mit Darlehens- und Liquiditätsspritzen vor dem unmittelbaren Zusammenbruch zu bewahren, wobei niemand abschätzen will oder kann, ob diese Maßnahmen nicht die Gefahr neuer Spekulationsblasen in sich bergen, ohne dass sie speziell das Durcheinander in Bezug auf die Steuern, die Wirtschaft und die Produktion zu beseitigen vermögen, unter dem das Euro-Währungsgebiet zu leiden hat.

Kurz gesagt hat die Politik in Europa noch nicht den Umstand zur Kenntnis genommen, dass die derzeitige Krise nicht einfach nur die Grenzen der europäischen Institutionen und der Einrichtungen der Währungsunion sowie die Anfälligkeit der Regeln, mit denen die Europäer sich ausgestattet haben, und die - im Übrigen bereits wohlbekannten - strukturellen Schwächen einiger europäischer Länder aufgezeigt hat. Mit der Krise hat sich für die Europäer einmal mehr das Problem gestellt, dass sie zu entscheiden haben, wer in Europa *der Souverän* sein muss. Die derzeitige Lage ist in der Tat äußerst undurchsichtig und dies wirkt sich auch auf das Problem der Verschuldung aus, wie zahlreiche Kommentatoren unmissverständlich festgestellt und die Märkte erkannt haben: *"The European sovereign debt is not really sovereign"*, war in der *Financial Times* am 30. November 2010 zu lesen. Daher ist es lohnend geworden, auf den wahrscheinlichen Bankrott eines Landes zu spekulieren, und zwar aus dem einfachen Grund, dass *"the markets have realised that some key elements of "sovereignty" are missing"*. Bei einer Verschuldung handelt es sich nämlich nur in dem Maße um eine staatliche Verschuldung, in dem die Regierung eines Staates in der Lage ist, über den koordinierten und kombinierten Einsatz des Währungs- und Steuerhebels und des Haushalts die Spekulation der Märkte zu verhindern oder ihr gegebenenfalls entgegenzuwirken. In Europa ist all dies nicht möglich, da sich die Staaten einerseits

der Möglichkeit beraubt haben, den Währungshebel zu steuern, und eine Einheitswährung eingeführt haben, andererseits jedoch an ihrer Souveränität im Bereich der Ausgaben, der Besteuerung sowie der Außen- und Verteidigungspolitik festgehalten haben. Dieser Zustand hätte im Hinblick auf die politische Union der Länder, die den Euro eingeführt haben, nur von vorübergehender Dauer sein dürfen, hat sich jedoch inzwischen in den Verhaltensweisen und Absichten der Regierungen zusehends verfestigt. Das Problem besteht allerdings darin, dass kein Land davon ausgehen kann, unbegrenzt Kredite in einer Fremdwährung - um eine solche handelt es sich bei dem Euro ohne dessen Einbindung in einen Staat - aufnehmen zu können und darauf zu hoffen, dass diese Kredite niemals zurückzuzahlen sind oder dass er sich nicht dem Urteil der Märkte zu stellen hat, auf die er zurückgreifen muss, um diese Kredite zu stützen. Die geschichtliche Erfahrung lehrt nämlich, dass frühere Währungsunionen, die nicht mit einer politischen Union einhergingen, gescheitert sind.

* * *

Das, was derzeit in Europa geschieht, ist daher die Folge des Umstands, dass die Europäer noch nicht entschieden haben, *ob* und *in welchem Rahmen* das Projekt der Währungsunion mit dem Projekt der politischen Union zu verknüpfen ist. Diese Verknüpfung war zum Zeitpunkt der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht noch implizit und ist in den übrigen großen Machtzentren auf der Welt real und tatsächlich vorhanden. China und die Vereinigten Staaten treffen ihre Entscheidungen in den Bereichen Wirtschaft, Währung und Steuern nämlich unter Berücksichtigung der politisch-strategischen Ziele, die sie nach ihrem Dafürhalten im Rahmen der neuen globalen Machtverhältnisse zu verfolgen haben.

Demgegenüber läuft Europa aufgrund seiner Unfähigkeit Gefahr, dass es die schlimmsten Folgen einer Krise zu spüren bekommt, die zwar von den USA ausgegangen ist, jedoch das Banken- und Wirtschaftssystem Europas in den Abgrund zieht. In der Tat haben die internationalen Investoren gerade in Europa die Schwachstelle des Staatspapiermarktes ausgemacht, auf dem sie spekulieren, so wie sie zu Zeiten des EWS auf den Märkten der verschiedenen nationalen europäischen Währungen spekuliert hatten. Dieselben Investoren hüten sich allerdings sehr wohl davor, gegen Staaten zu spekulieren, die wie Kalifornien wirtschaftlich und finanziell ebenfalls stark angeschlagen, jedoch in einen ganz unterschiedlichen Machtrahmen kontinentalen Ausmaßes eingebunden sind.

Und wegen seiner Unfähigkeit muss Europa zudem ohnmächtig dem unaufhaltsamen Prozess der Umverteilung der Reichtümer zuschauen, der derzeit weltweit im Gange ist.

* * *

Die Menschheit steht an der Schwelle eines grundlegenden geschichtlichen Wandels in den Beziehungen zwischen dem Westen und dem Rest der Welt, und die Europäer schicken sich an, diesen epochalen Übergang in einem Zustand struktureller Schwäche und struktureller Krise zu erleben. Für die Europäer ist daher der Augenblick gekommen, die Frage zu beantworten, wie sie diese geschichtliche Phase unter Berücksichtigung der Schuldenkrise im Euro-Währungsgebiet politisch zu bewältigen gedenken. In dem Artikel Nr. 33 des *Federalist* stellte Alexander Hamilton gerade im Zusammenhang mit der Überlegung, wie steuerliche Macht gehandhabt werden kann, folgende Frage: "Wie ist der Begriff 'Macht' zu definieren, wenn nicht als die Möglichkeit und Fähigkeit, eine ganz bestimmte Handlung auszuführen? Und was ist die Fähigkeit, diese Handlung auszuführen, wenn nicht die Macht, auf die Mittel zurückzugreifen, die erforderlich sind, um die Handlung zum Abschluss zu bringen?"

Wenn es den Europäern nun nicht gelingt, das Macht- und Souveränitätsproblem mit der Schaffung eines ersten Kerns des Europäischen Bundesstaates zu lösen, werden sie weder die Möglichkeit noch die Fähigkeit haben, in angemessener Weise zu handeln. Damit sie diesen Schritt tun können, ist es jedoch erforderlich, dass in den für den europäischen Einigungsprozess entscheidenden Ländern - und zuallererst in Frankreich und in Deutschland - möglichst schnell die Bedingungen dafür entstehen, dass nicht nur der Stabilitätspakt überarbeitet oder versucht wird, über die Schaffung immer neuer, auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit beruhender Mechanismen zur Rettung der in Schwierigkeiten geratenen Länder Zeit zu gewinnen, ohne dass man sich mit den Ursachen der Krise auseinandersetzt; und man darf auch nicht wie bisher in den Fragen betreffend Abrüstung, Sicherheit und Energiepolitik gespalten sein. Vielmehr muss das Bewusstsein dafür reifen, dass mit einer neuen Initiative ausgehend von einer Gruppe von Ländern tatsächlich die Europäische Föderation zu schaffen ist.

Gerade auf diesem Gebiet ist die Debatte über die Zukunft Europas weiterzuentwickeln und müssen diejenigen, die sich in den verschiedenen Ländern dafür einsetzen, dass die Europäer ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände nehmen, die Abgeordneten, die politischen Bewegungen, die Gewerkschaften und die Vereinigungen der Zivilgesellschaft eindringlich dazu anhalten, sich zu mobilisieren und die Regierungen dazu zu bringen, dass diese die geschichtliche Entscheidung treffen, die unsere Epoche verlangt, nämlich die Gründung der Europäischen Föderation.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 572 del 4/9/2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 1, LO/PV - Abbonamento annuale € 5
www.euraction.org